

Brexit | 27.03.2017 | Lesezeit 3 Min.

„Der Brexit ist ein Rückschritt für die europäische Integration“

Jürgen Matthes, Experte für internationale Wirtschaftsordnung im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, erklärt, was die Brexit-Ankündigung bislang ausgelöst hat und wie die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU laufen könnten.

Den Briten wurde direkt nach dem Referendum im Juni 2016 ein Einbruch ihrer Wirtschaft prophezeit. Hat sich diese Vorhersage bestätigt?

Nein, bislang ist erstaunlich wenig passiert. Die größte Sorge bestand vor einer großen Unsicherheit, die das Wachstum bremst. Kurzzeitig kam es direkt nach dem Referendum tatsächlich zu einem Einbruch vieler Wirtschaftsindikatoren. Doch sind die meisten schnell wieder gestiegen. Mit zeitlichem Abstand betrachtet sehen wir, dass die Aktienkurse sogar weit über dem Niveau vor dem Referendum liegen. Das britische Pfund hat zwar um gut 10 Prozent abgewertet, das hat aber die Wirtschaft Großbritanniens und ihre Exporte beflügelt. Gewisse Rückgänge sehen wir bei Investitionsabsichten und wegen einer abwertungsbedingt höheren Inflation bei den Konsumperspektiven für das Jahr 2017. Zusammenfassend können wir von einem gemischten Eindruck sprechen. Im Jahr 2016 ist das Wachstum auf der Insel noch konstant geblieben, für 2017 dürfte es aber etwas geringer ausfallen als vor dem Referendum prognostiziert.

Es wurde auch viel darüber spekuliert, dass Unternehmen ihre Standorte

verlagern könnten. Lässt sich hier eine Tendenz erkennen?

Es gibt in diesem Bereich bislang wenig Evidenz. Einige Studien weisen darauf hin, dass Unternehmensverlagerungen im Londoner Finanzbereich eine Rolle spielen. Dabei dürften sich neben europäischen Unternehmen auch Investoren aus Asien und den USA zurückziehen. Standortwechsel sind im Finanzbereich prinzipiell recht aufwendig, sodass hier schon in diesem Jahr etwas passieren kann, obwohl der Brexit erst im Frühjahr 2019 stattfinden wird. Manche Banken haben angekündigt, an die Finanzstandorte Dublin, Paris oder Frankfurt zu wechseln. Insgesamt dürfte der Wegfall von Arbeitsplätzen das Vereinigte Königreich durchaus treffen, vor allem London.

Es deutet einiges darauf hin, dass die Kompromissbereitschaft der britischen Regierung größer ist als bisher wahrgenommen.

Über die Auswirkungen des Brexit auf die EU gibt es unterschiedliche Szenarien. Die einen sagen, er schadet Europa, die anderen meinen, einer harter Brexit stärkt die EU und schützt vor Nachahmern. Was glauben Sie?

Studien zu den Langzeitfolgen zeigen ganz klar, dass Großbritannien wirtschaftlich stärker getroffen wird als die EU. Die Politiklinie der Europäischen Union ist klar: In den Verhandlungen zusammenzuhalten und keine weichen Kompromisse machen, um Nachahmereffekte zu verhindern. Aber natürlich ist der Austritt eines so wichtigen Landes ein Dämpfer für die EU und auch ein bedauerlicher Rückschritt in der europäischen Integration. In jeder Krise liegt aber eine Chance. Großbritannien hat zum Beispiel lange Zeit eine Kooperation in der Verteidigung zwischen den EU-Staaten blockiert. Hier könnte es nun weiter vorangehen. Auch auf dem Binnenmarkt könnte die Bereitschaft der verbleibenden Mitgliedsstaaten wachsen, enger zusammenzurücken, um die Vorteile der EU stärker zu nutzen.

Es wird auch viel über die Art des Brexit diskutiert. Gehen Sie von einem „weichen“ oder einem „harten“ Brexit aus?

Ich denke, es wird einen mittelharten Brexit geben. Ein weicher wäre ein Verbleib im Binnenmarkt. Diese Frage stellt sich aber nicht, da die EU den freien Zugang für Großbritannien an die Personenfreizügigkeit geknüpft hat. Ein harter Brexit wäre ein Scheitern der Verhandlungen und ein Rückfall Großbritanniens auf den WTO-Status.

Dann würden auch Zölle eingeführt, was beiden Seiten wehtun würde. Angestrebt wird ein ambitioniertes Freihandelsabkommen. Die Frage ist, wie weit die Zugeständnisse Großbritanniens reichen werden. Es deutet einiges darauf hin, dass die Kompromissbereitschaft der britischen Regierung an der einen oder anderen Stelle größer ist als bisher wahrgenommen, sodass ein „Freihandelsabkommen 3.0“ möglich ist.

Großbritannien ist für Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Wird der Brexit auf lange Sicht Jobs in Deutschland kosten?

Es wird sicher an manchen Stellen gewisse Einbußen geben und dadurch wird auch der eine oder andere Arbeitsplatz wegfallen, aber das wird sich in engen Grenzen halten. Generell zeigt die Erfahrung aus der Euro-Schuldenkrise, dass es deutschen Unternehmen immer wieder gelingt, ihre Produkte in anderen Ländern abzusetzen, wenn Abnehmer-Staaten Schwierigkeiten haben.

Im Interview: Jürgen Matthes *Leiter Kompetenzfeld Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur*

1. Seit 1995 im IW
2. Geboren 1967 in Dortmund
3. Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Dortmund und der Dublin City University



Telefon: 0221 4981-754

E-Mail: matthes@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Die britische Wirtschaft zeigt sich seit dem Referendum erstaunlich stabil. 2017 dürfte das Wachstum aber geringer ausfallen, als vor der Abstimmung prognostiziert.

- Es deutet einiges darauf hin, dass die Kompromissbereitschaft der britischen Regierung größer ist als bisher wahrgenommen, sodass ein „Freihandelsabkommen 3.0“ mit der EU möglich ist.
- Deutschen Unternehmen gelingt es immer wieder, ihre Produkte in anderen Ländern abzusetzen, wenn Abnehmer-Staaten Schwierigkeiten haben. Die Brexit-Auswirkungen werden daher nicht so stark sein.